

Bezugsgebühr:

Gesellschaft 2 M., im Wk. 1 M., nach
die Zahl 2 M.

Die Preissätze erhalten
durch Abrechnung mit den
Gesellschaften und den anderen Organisationen,
die zur Ausübung durch diese Rechte
der Sonderabgaben erzielt erhalten
haben, auf Basis der Abrechnungen, die
sich auf Basis der Rechnungen legen,
in zwei Klassengruppen klassiert und
veröffentlicht.

Der Rätehaus einander über
reicht ohne Veröffentlichung.

Berichtszeitraum:
Wk. 1 bis 12 und Nr. 2000.

Zeitungsmagazin:
Neueste Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Julius Bentler, Dresden, Wallstr. 15

empfiehlt in grösster Auswahl:

Eiserne Oefen und Herde, Haush., Küchen- und
Landwirtschaftsgeräthe.

Gegründet 1856

Haupt-Geschäftsstelle:
Marienstr. 38.

L. Weidig, Waisenhausstr. 34.

Reichen Pariser, sowie eigener Modellebühne
vornehmen Stil, in anerkannter mustergültiger Ausführung.
Regelmäßige, persönliche Einkäufe und
Modestudien in PARIS.

Größtes
Lager!
Garten-Schläuche
Vorzüglichste Qualitäten zu Fahrpreisen
in schwarz oder rot Gummi,
auch in Haft und Hart gummiert.
Wiederkaufuer und Gärtner Rabatt.
Gummifabrik Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 26
Telephon 28.

Anzeigen-Carif.

Die Annahme von Entnahmungen
erfolgt in der Kaufgeschäftsstelle und
den Nebennahmestellen in Dresden
bis 11 Uhr. Samm- und
Brieftage zur Marienkirche ab von
11 bis 12 Uhr. Der Kauf der Gemälde
ist ab 12 Uhr. Die Kaufpreise gelten
auf den Preisnachrichten auf
20 M., die Abholungsstelle als
Eingangspreis unter auf Zeitrente
ab 20 M.

Die Nummern nach Samm- und Brieftagen
1. bis 2000. Gebühren 20. 40 bis 60 und 80 M. nach
bekanntem Takt.

Rechtmäßige Nutzungen nur gegen
Gebührenabzahlung.

Entnahmelist werden mit 20 M.
beladen.

Der Bandwurm

wird innerhalb 3 Stunden abgetötet
durch das **Bandwurmmittel** "Contrafaeniam".
Das Mittel erstickt kleinen Würmerchen und setzt von ihnen aus
Wirkungen. Preis per Flasche 2 Mark. Verwandt nach auswartigen
Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgenthal.
*) Bestandtheile: Concam. Flüssigextrakt von Pannus granatum auswärtig
mit Rosmarin.

Regenschirme

aparte Neuheiten
aller Preislagen
empfiehlt in grosser Auswahl

C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17, Pragerstrasse 46,
Amalienstrasse 7.

Mr. 99. Spiegel Neue Miniale in Österreich. Landtag, Verhandlung ausl. Arbeiter zu Gemeindeleistungen, Vorstandsschule Tharandt, Vorlesungen, Gerichtsverhandlungen, Klavier-Abend Julie Harris.

Mitmach. Witterung: Ve- wölkt, etwas Regen. | Freitag, 11. April 1902.

Neue Wirtschaft in Österreich.

Der Krieg der Börsenbörse hat an derselben parlamentarischen Sitzung wieder begonnen, an der seiner Zeit die deutsche Obstruktion ihren berechtigten Schwung entfaltete und für einen Augenblick den ganzen österreichischen Staatsbau in allen Augen erzittern machte. Geballte Hände, blickende Augen, Abgeordnete in Kamutstellung einander gegenüber, wilde Drohungen, verhindernd und hinaüber und dazwischen der ohnmächtigende neuverenarrtende Schreck der unvorhersehbaren Verküsse: das ist eine gedrängte Momentaufnahme der Mittwochssitzung des Abgeordnetenhauses, in der sich der lange zurückgehaltene furor totuonius australis Bahn brach und wie ein reißendes Gewitter durch die schwül atmohähre der hinterhältigen slawischen Anschläge gegen die verbrieften deutschen Rechte und Freiheiten, gegen den zweifellosen nationalen Beifluss und des Deutschenstaats dauerhaft. So waren denn in dem Lande der Überzeugungen und Unwahrheitlichkeit nach kurzer Rübezaufe die Verhältnisse auf's Neun an einem kritischen Wendepunkte angelangt? Vielleicht, vielleicht auch nicht, wenigstens noch nicht! Das heile Schicksal der habsburgischen Monarchie scheint eine unerträgliche ewige Ruhestörung zu sein und die Friedliche Einsetzung, das einträchtige Heimkehrnehmen der verschiedenen Nationalitäten gehört offenbar für Österreich zu denjenigen Dingen, von denen Wilhelm Busch sagt: „Entschieden ist das Vergnügen — Nun Sachen, welche wir nicht liegen.“ Gewöhnlich mancher österreichische Patriot, dem das Wohl des Gesamtstaates ernstlich an Herzogen liegt, voll Frei und Schwung auf andere Staaten, die sich einer ungestörten inneren Harmonie erfreuen. Indessen Österreich „feiert's halt nicht“, das Feiergebot der nationalen Eintracht, und so bleibt für die Anteilnehmer an den öffentlichen Interessen des Landes denn in der That nichts weiter übrig, als entlastungsvoll und enthaltsam sich zu beschließen und die Dinge „fortwursteln“ zu lassen, wie sie eben gehen wollen. Ein Glück nur, dass daneben als Ausgleichsmittel die besondere f. f. österreichische und vornehmlich wienerische Gemüthslichkeit existiert, die zur Folge hat, dass viele Vorfälle, die draußen gewölktes Aufsehen hervorruhen und ungemein schwer bewältigt werden, im Lande selbst weit weniger Einsicht machen und lange nicht die Tragweite haben, die man ihnen anderorts zuschreibt. Bezeichnend hierfür ist der Ausdruck eines österreichischen Politikers, man müsse von dem, was außerhalb der schwärz-gelben Grenzstücke über innenösterreichische Vorgänge gesprochen werde, immer 75 Prozent abziehen, wenn man die Wahrheit herausbekommen wolle.

Auch in dem vorliegenden Falle dürfte die Suppe kaum so heiß ausgehen werden, wie sie gefloht ist. Wenigstens lässt darauf die Meinung schließen, dass die unmittelbare Verantwortung zu dem Sturme der Altdutschen gegen die Präsidiententribüne durch ein „Mitsverständnis“ hervorgezogen worden sei. Während nämlich der Präsident Graf Vetter von der Linie über einige nicht angefochtene Resolutionen abstimmen ließ, glaubten die Altdutschen, er wolle ebenfalls über die bestrittene Resolution bezüglich der tschechischen Gewerbeschule in Budweis inmitten des Lärmes abstimmen lassen. Für den Augenblick hatten auch die deutsche Fortschrittspartei und die deutsche Volkspartei dieselbe Aussicht, wie ihre entrüsteten Proteste gegen das Verbot des Präsidenten erkennen ließen. Inzwischen soll nun aber, wie von Wien aus versichert wird, auf deutscher Seite eine andere Ansicht Blau gegossen haben und die forcierte Haltung des Präsidenten klar gestellt worden sein. Die drohende Präsidentenkrisis sei dadurch beendet und es mache sich eine „beruhigte Stimmung“ geltend.

Ganz schön! Es wäre demnach also weiter nichts gewesen als eine kleine Kapitalie aus Jüthum, die man in einem Lande, das von seinen Parlamentariern den Rekord an derben Unwürdigkeiten gewohnt ist, getrost zu dem Lebhaften legen könnte, ohne sich ganz darum aufzutragen. Indessen die Sache ist doch nicht gar so harmlos, wie sie jetzt dargestellt wird, sondern hat ihre tiefsten Ursachen, die ernstlicher Beachtung wert sind, weil aus ihnen unter Umständen ein neuer ernster Konflikt zwischen der Regierung und dem Deutschenstaat auf den ganzen Niede herauswachsen kann. Da der Dienstagabend des Abgeordnetenhauses hat der deutsch-polnische Abgeordnete Hofmann von Wittenhof in einer meisterhaften Rede großen Stil jene Ursachen dargelegt. Der genannte Abgeordnete, der in wohltümlich unbefriedigter Weise eine Stare und, man möchte sagen, erbarmungslose soziale Schäfe mit einer sich stets gleich bleibenden Vornehmheit des Zornes zu verbünden verstand, verschmähte alles verhüllende Belust und ließ die Regierung die Dinge im wahren Lichte sehen. Die Quintessenz seiner Ausführungen lag in der Feststellung: „Gilli allein macht es nicht!“ Die Gilli-Frage in ihrem gegenwärtigen Stadium knüpft, wie der zum Verhältnis hier wiederholt sein mag, an den vor den Österreitern von der polnisch-österreichischen Mehrheit des Abgeordnetenhauses gefachten Befehl an, tritt dessen die bei dem deutschen Gymnasium in Gilli eingetragenen slawischen Klassen bestehen bleiben und sieht, wie ein sozial wohlgebrüderter und durchaus wohlvoller deutscher Unterricht (Resolution Gründer) forderte, unter gleichzeitiger Errichtung eines besonderen slawischen Gymnasiums in Warburg.

beteiligt werden sollen. Der Abgeordnete von Hofmann erklärte unter lobhaftem Beifall aller Deutschen des Hauses: „Das böhmische Triumphgeschrei, das uns damals — bei der Niederstimmung der deutschen Gilli-Resolution — in die Ohren gellte, läutete uns deutlich zu Gemüth, dass eine verächtliche Lemütigung der deutschen Bevölkerung in Österreich stattgefunden hatte. Die slawischen Klassen in Gilli bedeuten aber nichts Anderes als nur zwei Trocken, die das Gefühl des deutschen Ummuthes und der deutschen Langmuß zum Überfließen brachten.“ Im Anschluss hieran zählte der Präsident der Deutschen noch alle sonstigen Beschwerden seiner Landsleute über die Bedankung der berechtigten deutschen nationalen und sprachlichen Anstrengungen durch die Regierung auf, und das alles zusammen machte ein Bündel aus, unter dessen lastender Wucht dem Präsidenten Herrn von Koerber wohl das Weitergehen auf seinen amtlichen Wegen eingeschlossen lauer werden durfte. Der deutsche Redner zeigte Schritt für Schritt, wie eine Slavifizierungssmäherie nach der anderen dem Deutschenstaat aufgehalten wurde. Die Errichtung von dringend notwendigen deutschen Mittelschulen wurde dadurch unmöglich gemacht, dass man von den Gemeinden schlechzweg unerschwingliche Opfer verlangte; in Gilli dagegen schossen die Mittelschulen wie Pilze aus der Erde, ohne solche Opfer von Seiten der Gemeinden, aus Staatssmitteln. Das Verfahren der Regierung kritisire der deutsche Abgeordnete des Weiteren mit den Worten: „Eine viel bebenlichere Erziehung ist es, dass der Staatsvorstandslag für Anstalten, die wir einfach als Slavifizierung-Anstalten bezeichnen müssen, das Geld mit vollen Händen zur Verfügung zu stellen in der Lage ist, für Anstalten, welche seinem sachlichen Bedürfnisse und seiner Kultursforderung entspringen, sondern lediglich als nationale Vorposten in das deutsche Gebiet gestellt werden (lebhafte Zustimmung links), so in Trippau und in Tetschen. Vor einer ganz ähnlichen Erziehung stehen wir auch gegenwärtig im Etat der Fachschulen im Hinblick auf die tschechische Staats-Gewerbeschule in Budweis. Trotz der angeblichen Unvereinbarkeit dieser Benennung schied die Slavifizierung in der Verwaltung ungehindert fort (lebhafte Zustimmung links), gerade so gut wie aus anderem Gebiete unter der Regie des doch als freisinnig geltenden Unterrichtsministers (Sehr gut! links) auch die Materialisierung immer mehr und mehr in die Palme schleicht. In den Sudetenländern ist vielfach die Aufhebung der Sprachverordnungen auf dem Papier geblieben. (Lebhafte Zustimmung links.) Es wird über die fortgeleitete Erinnerung von slawischen Beamten in deutschen Gebieten geworben, während und Schlesien geplagt.“

Vernichtet vor auch die Abfertigung, die der Abgeordnete von Hofmann den Klerikalen der deutschen Abstammung zu Theil werden ließ. Dicke Elementen rieci er zu, sie möchten es mit ihrem Gewissen und ihrer deutschen Wohlbereitschaft ausmachen und die Verantwortung dafür tragen, wenn durch ihre Schuld eine bedenkliche Erhöhung des mühsam hergestellten parlamentarischen Gleichgewichts neuerdings eingetreten sei; durch die Schuld eben Denigen, die sich sonst immer die Konkervative, die Stützen der Ruhe und Ordnung und namentlich der parlamentarischen Ordnung zu nennen lieben. Die Haltung der Regierung bezeichnete der Redner als „zum Mindesten sehr eigenhändig“ und erhob, zum Mindesten geworden, mit Nachdruck unter lautem Beifall auf allen deutschen Bänken die Forderung: „Mit alledem muss endlich einmal endgültig offen und entschieden gebrochen werden. Wir haben sehr viel Worte gehabt, wir müssen endlich darauf dringen, dass wir auch Thaten seien. Wir verlangen vor allem Anderen eine leste Gewalt und Bürgschaft dafür, dass die Mittel der Verwaltung in gar keinem Falle und in gar keiner Weise mehr zur Schädigung deutscher Interessen, zur Schädigung des deutschen Staates missbraucht werden.“

Herr von Koerber hatte gegenüber der Anklagedrede des Abgeordneten einen so schweren Stand, dass es ihm nicht gelang, sein Gesicht zu wahren. Er gab abstrakte allgemeine Ausführungen über Parteidoktrin, wie sie sehr sollte, aber in dieser Welt der Unzulänglichkeiten überhaupt und insbesondere in Österreich leider nicht ist, und zeigte sich so sehr bestürzt, sein absolut gleiches Wohlwollen für alle Nationalitäten und Parteien zu versichern, dass er auf keiner Seite Bekämpfung erwartete und seine Rede vielfach in lautem Protesten und Brüllenrufen unterging. Herr von Koerber mag aus diesem Widerstreit die Pechte entnehmen, dass es nicht angeht, den Ernst der augenblicklichen Lage zu verschleiern. Es schwelt unweissentlich wieder ein schwerer Oppositionswind die Segel der deutschen Politik; sogar die Gemeindevertretungen fangen schon an, die Abgeordneten, genau wie in den Tagen der Ostmark, zum zielbewussten und unbedachten Kampfe für die nationalen Rechte und Interessen der Deutschen anzutreiben. Derartige Wetterzeichen können Herrn von Koerber nicht in Zweifel darüber lassen, was seine Regierung zu gewünscht hat, wenn die begehrten Beschwerden der Deutschen fortgesetzt erhalten werden: Ablehnung des Budgets und idökratische Opposition der deutschen Gemeindeschaft, bis ihr Genugtuung für die Vergangenheit, Gewährleistung für die Zukunft geboten wird.

Neueste Drahtmeldungen vom 10. April.

Nachrichten eingehende Teile befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Bolltariffkommission des Reichstags nahm heute die Höhe für Bau- und Asphalt durchweg nach der Regierungsvorlage an. Von der Linken war Bolltarifsteuer beginnend, Bolltarifzusage, von der Rechten und vom Zentrum mehrfach Bolltarifzusage beantragt. Der preußische Handelsminister Möller warnte vor einer weiteren Erhöhung der Zölle, da sonst die Möglichkeit vorhanden sei, dass das Ausland zu Ausfuhrzöllen greife. Selbst die Börsleute seien bei der Befreiung der Zölle gegen eine weitere Erhöhung geweuert; man sei auf die Einfahrt ausländischen Holzes angewiesen, das für die Eisenbahnen. Die Kommission habe ihre Anträge zu den Böschößen eingereicht; so folgten folgende Zölle vor: Pferde im Wert bis 1000 M. 51 M. (gegen 75 M. der Vorlage), von mehr als 1000 bis 2500 M. per Stück 180 M. (gegen 150 M.), von mehr als 2500 M. 360 M. (gegen 300 M.). Pferde im Wert bis 100 M. das Stück und mit weniger als 1,40 Meter Stadl may dürfen zum Zollzoll von 30 M. für ein Stück abgeladen werden. Pferde über 1,40 Meter sollen durch vertragsmässige Abmachungen nicht um mehr als 20 Prozent erhöht werden. Rindfleisch 18 M. für den Doppelcentner Lebendgewicht nach der Vorlage 2 M. Schweine 18 M. für den Doppelcentner Lebendgewicht nach der Vorlage 10 M. Fleisch, ausschließlich des Schweinefleisches und gen. ebh. Eingerollte von Böcklaubergen (Fleisch) für den Doppelcentner Fleisch, auch getrocknet, 45 M. nach der Vorlage 30 M., einfach zubereitet 60 M. (gegen 75 M.), zum feineren Zufolgen zubereitet 120 M. (gegen 75 M.). Anmerkungen: Nicht lebendes Fleisch, zum Gemüse verwendbar unterliegt der Zollzoll als frisches Fleisch, frisch und einfach zubereitet frisches Fleisch, sowie geöffelter und geräucherter Schweinefleisch unter einem Zollzoll von 20 Prozent. Schweinefleisch 36 M. für den Doppelcentner. Der Hundestraff ist bekannt, für bestimmte Grenzstreifen im Falle eines östlichen Bedürfnisses die zollfreie Einfahrt einzelner Stücke von frischem oder einfach zubereitem Fleisch oder Schweinefleisch in Mengen von nicht mehr als 2 Kilogramm, nicht mit der Post eingehend, für die Bewohner des Grenzbezirks nachzulassen. Die Zölle auf Holzholzabfälle wurden nach der Regierungsvorlage angenommen. Für Scherben wurde ein Zoll von 1,80 Mark, für Quebracho ein solcher von 7 M., für Aberobello ein solcher von 3 M. und für Gerbstoff-Auszug ein solcher von 14 M., 28 M. eingestellt. — Morgen werden die Böschößen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Bundesrat überwies heute die Entwürfe eines Gesetzes über den Gebührentarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal, von Bestimmungen über den Vertrag für die Arbeiterschaft und von Prüfungsvorschriften für die Fleischbeschaffung, einer Gebührenordnung für die Untersuchung des in's Zollland eingeführten Fleisches, sowie einer gemeinschaftlichen Lehrfahrung für die Fleischbeschaffung den gültigen Ausübung. Dem abgelehnten Ausfuhrentarif zum Entwurf eines Gesetzes betreffend die gewerbliche Kinderarbeit, sowie den Ausfuhrentarif über den Antrag der Centralverwaltung der österreichischen Nordwestbahn und der süd-norddeutschen Verbindungsbaute zu Wien, betreffend die Betreibung ihrer Eisenbahnbetriebe österreichischer Staatsangehörigkeit von der Auslandsvertriebungsbehörde, der Vorlage betreffend die Feststellung des Börsenvertrages für Ander, und der Vorlage betreffend die Neuwahl des Börsenontschusses, wurde die Zustimmung ertheilt, ebenso den Ausfuhrentarif und dem Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung des Paragraphen 7 der Strafverordnung Südtiroler Gerichtshof der Provinz. — Der beim Kaiserlichen Amt für private Versicherungen gebildete Versicherungsbehörde hielt heute seine erste Sitzung ab und bericht die Entwürfe von Vorschriften über die Rechnungsführung der privaten Versicherungsunternehmungen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus leitete die Beratung des Eisenbahn-Volks fort. Abg. Goethen trat für allgemeine Erhöhung der Gütertarife, namentlich der Rohstofftarife, sowie der Tarife für ganze Wagenladungen ein. Minister v. Thielens erwiderte, dass eine allgemeine Erhöhung der Gütertarife eine wirtschaftliche Umwandlung herverufen würde, deren Ergebnis gar nicht abzusehen wäre. Abg. Grätz (Centr.) trat gleichfalls Erhöhung der Gütertarife unter Hinweis darauf, dass der durchschnittliche Preis für Güterverkehr bei uns doppelt so hoch sei, wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Abg. Dr. Sottler (not-lib.) verlangte Trennung der Eisenbahnverwaltung von dem Einfluss der Finanzverwaltung. Finanzminister v. Rheinbaben erwiderte, dass an eine Umbewertung der Stellung des Finanzministers zur Eisenbahnverwaltung nicht gebacht werden könne. Minister v. Thielens erklärte, dass bei den Verhandlungen zwischen den deutschen Eisenbahnverwaltungen eine Bindung in Bezug auf Tarifmaßnahmen nicht stattgefunden habe. Abg. Wallbrecht (not-lib.) wünschte weiter Juristen noch Techniker im Eisenbahndienste, sondern besonders ausgebildete Fachleute, für die auf den Universitäten und Hochschulen besondere Kurse eingerichtet werden müssten. Weiterberichtigung morgen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Kölner Volkszeitung“ vom 27. v. M. giebt an, Japan habe wiederholt die Einfuhrzölle für den in Amerika polarisierten Rohzucker zu Gunsten der englischen Kolonien erheblich ermäßigt und knüpft daran den Vorwurf, dass Deutschland die Brüder der Westbegrenzung bisher ruhig hingenommen habe. Die betreffende Nachricht und